

**Stellungnahme des Bundesministeriums für Justiz
der Republik Österreich
zum Grünbuch „Verknüpfung von Unternehmensregistern“
KOM (2009) 614 endg.**

Das Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich (BMJ) dankt der Europäischen Kommission für die Möglichkeit, zum Grünbuch „Verknüpfung von Unternehmensregistern“ Stellung nehmen zu können.

Vorauszuschicken ist, dass das BMJ (vertreten durch die Telekom Austria AG) seit Anfang 1995 am European Business Register (EBR) beteiligt ist; seit Gründung der EBR EEIG als Vollmitglied dieser EWIV. Das BMJ ist auch seit 2001 Mitglied im European Commerce Register Forum (ECRF), das ebenfalls die Förderung der Zusammenarbeit der nationalen Unternehmensregister zum Inhalt hat.

Das EBR hat bewiesen, dass es machbar ist, mit vernünftigen wirtschaftlichen Aufwand ein multinationales Netzwerk von Unternehmensregistern zu schaffen und zu betreiben. Das EBR ermöglicht dem Abfrager, in seiner Landessprache über seinen nationalen Anbieter auf gesicherte authentische Informationen in ausländischen Unternehmensregistern zuzugreifen. Im Zuge des Aufbaus des EBR konnten wertvolle Erfahrungen - sowohl in juristischer als auch in praktischer oder technischer Hinsicht - gewonnen werden (z.B. Übersetzungsproblematik bei Rechtsformen, unterschiedliche Alphabete, unterschiedliche Datenfelder, unterschiedliche Preismodelle etc.).

Die Probleme beim Aufbau des EBR lagen im Wesentlichen in der Komplexität der Materie. Es gibt innerhalb der EU drei verschiedene Organisationstypen, die mit der Führung der Unternehmensregister betraut sind. Das sind einerseits die Gerichte (wie z.B. in Deutschland, Frankreich und Österreich) oder die Handelskammern (wie z.B. in Italien, Holland oder Griechenland) oder eigene Körperschaften öffentlichen Rechts (wie in Skandinavien oder im Vereinigten Königreich). Unterschiedlich geregelt sind z.B. die Finanzierung der Unternehmensregister (Gewinnorientierung oder Kostendeckungsprinzip), Vertriebsmodelle, Haftungsfragen, der Vertrauensschutz der End-User, die Einhaltung von Formalitäten bei der Eintragung (Befassung von Notaren) und nicht zuletzt die Datenbankinhalte.

Das EBR hatte und hat das Problem, dass die Zahl seiner Transaktionen im Verhältnis zur Transaktionszahl auf nationaler Ebene und damit seine wirtschaftliche Bedeutung eher gering sind. Dies bewirkt eine verhältnismäßig geringe Motivation der Partner des EBR dieses zu priorisieren, größere Investitionen in die Weiterentwicklung zu stecken, ein stabiles Service zu gewährleisten, Marketingmaßnahmen für das EBR zu setzen oder die gesamte Produktpalette, die auf nationaler Ebene angeboten wird, auch über das EBR anzubieten. Ein Manko des EBR war und ist, dass nicht alle EU-Mitglieder im EBR repräsentiert sind (es fehlen Portugal, Bulgarien, Malta, Rumänien, Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern). In der Vergangenheit haben insbesondere jene Länder gezögert, dem EBR beizutreten, die nicht in der Lage waren, ihre Unternehmensregister online anzubieten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass das EBR aus nationaler Sicht zwei Zielrichtungen hat, einerseits das Angebot der eigenen Daten in anderen Ländern, andererseits aber das Angebot ausländischer Daten im Inland. Letzteres zählt bei vielen Partnern des EBR nicht zur Kernaufgabe. Ein weiteres Manko liegt im bisherigen Fehlen der offiziellen Anerkennung des EBR durch die Organe der EU.

Zu den Stärken des EBR zählt, dass es real existiert und eine funktionierende Organisation sowie Rechtsform (EWIV) aufweist. Unter seinen 24 Mitgliedern befinden sich 18 EU-Mitglieder, die 75 % der Einwohner der EU repräsentieren (die Nicht-EU-Mitglieder sind Norwegen, FYROM, Serbien, die Ukraine, Jersey und Guernsey). Das EBR verfügt (auch durch die Entwicklungen im Rahmen des Projekts BRITE, das von der EBR EEIG koordiniert wurde) über die umfassendsten Kenntnisse und Erfahrungen mit Verknüpfung von Unternehmensregistern. Das EBR hat das Potential, für jedermann (insbesondere für die professionellen Anwender) das Zugangsportal zur Erlangung authentischer Unternehmensregisterdaten in Europa zu werden.

Die Schwächen des EBR und die notwendigen Aktionen zu deren Beseitigung wurden in einem Strategiepapier Ende 2008 zusammengefasst, worin für den Zeitraum 2009 bis 2012 zwei Kernziele herausgearbeitet wurden. Einerseits soll das EBR offizielle europäische Unternehmensregisterdaten grenzüberschreitend über ein benutzerfreundliches und verlässliches Service zur Verfügung stellen; andererseits soll es die Zusammenarbeit zwischen den Partnern durch Koordination im legislativen Bereich und in der Praxis fördern und vereinfachen. Letzteres soll auch

dadurch erreicht werden, dass die Verdienste des EBR den zuständigen europäischen Organen vermittelt werden. Zuletzt wurde die Zukunftsstrategie des EBR dadurch erweitert, dass die enge Kooperation mit der Initiative „e-Justice“ gesucht wird.

Das vorliegende Grünbuch und insbesondere die allenfalls daran anknüpfenden weiteren Maßnahmen bieten die Möglichkeit, aus dem EBR tatsächlich das flächendeckende europaweite Portal für den Zugang zu offiziellen Unternehmensregisterdaten zu machen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zu 4.1:

Ist ein verbessertes Netzwerk der Unternehmensregister der Mitgliedsstaaten erforderlich?

Aus Sicht des BMJ ist diese Frage eindeutig zu bejahen, um ein weiteres Zusammenwachsen des Binnenmarkts zu gewährleisten und die verstärkte Zusammenarbeit der nationalen Unternehmensregister zu fördern. Damit soll auch der Missbrauch durch grenzüberschreitende Unternehmenskonstruktionen erschwert werden.

Können die Einzelheiten einer solchen Zusammenarbeit durch eine „Regulierungsvereinbarung“ zwischen den Vertretern der Mitgliedsstaaten und der Unternehmensregister festgelegt werden?

Auch diese Frage ist aus Sicht des BMJ zu bejahen. Eine solche Vereinbarung sollte jedoch in der Ersten Gesellschaftsrechtsrichtlinie seinen Niederschlag finden.

Ergibt sich durch die Verbindung des Netzwerks von Unternehmensregistern mit dem durch die Transparenzrichtlinie geschaffenen elektronischen Netzwerk zur Speicherung vorgeschriebener Informationen über notierte Unternehmen langfristig ein Mehrwert?

Diese Frage kann derzeit aus Sicht des BMJ nicht abschließend beantwortet werden.

Zu 4.2:

Welche Lösung bzw. Lösungskombination wird für die Erleichterung der Kommunikation zwischen den Unternehmensregistern bei grenzüberschreitenden Fusionen und Verlegungen des Firmensitzes bevorzugt?

Das BMJ favorisiert eindeutig die Option 1. Es ist in nächster Zeit geplant, das Branch Disclosure Service des EBR im österreichischen Firmenbuch anzubieten.

Es darf noch einmal darauf hingewiesen werden, dass das EBR und das BRITE-Projekt eng miteinander verbunden waren. Die Ergebnisse von BRITE wurden laufend bei den Generalversammlungen des EBR präsentiert und die Koordination dieses Projekts war die wichtigste Aufgabe der Organe des EBR in den Jahren 2006 bis zum Auslaufen von BRITE.

Zur Option 2 dem Binnenmarktinformationssystem (IMI) ist aus Sicht des BMJ anzumerken, dass die Zielgruppe dieser Plattform eindeutig nur Behörden sind und die Daten des IMI nur sehr eingeschränkt verwendet bzw weitergegeben werden können. Dies steht im Widerspruch zur europaweiten Publizität der Unternehmensregister. Im Übrigen liegt das Schwergewicht von IMI in der gegenseitigen Amtshilfe gemäß der Berufsanerkennungsrichtlinie und der Unterstützung der Verwaltungszusammenarbeit laut Dienstleistungsrichtlinie. Das EBR bzw. seine Partner (insbesondere dann wenn sie selbst für die Führung des nationalen Unternehmensregisters zuständig sind) stehen den Mitarbeitern der Unternehmensregister von der Materie her deutlich näher als IMI.

Wird die vorgeschlagene Lösung über die Offenlegung von Informationen über Zweigniederlassungen unterstützt?

Das BMJ unterstützt jede legislative und sonstige Maßnahme, die die Kooperation der Mitgliedsstaaten in Angelegenheiten von ausländischen Zweigniederlassungen fördert. Damit könnte ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von internationaler Wirtschaftskriminalität gesetzt werden.

Zusammenfassend ist aus Sicht des BMJ festzuhalten, dass

- die 18 EU-Mitgliedsstaaten des EBR und die weiteren sechs Mitglieder in den vergangenen Jahren relevante Beträge in die Weiterentwicklung des EBR und dessen Betrieb investiert haben,

- diese Aktivitäten mehrmals im Rahmen von Projekten seitens der EU gefördert wurden und, dass
- nur die Option über das European Business Register einen Investitionsschutz gewährt und
- auch nur das EBR aufgrund der vorhandenen Strukturen eine relativ rasche Umsetzung der beabsichtigten Vorhaben gewährleisten kann.

Daher erscheint eine Vernetzung von Unternehmensregistern ohne auf die Errungenschaften des EBR bzw des European Commerce Register Forums zu setzen wenig zielführend.